

## Gemeinde Lautertal (Odenwald)

### PROTOKOLL

#### über die 21. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 06. Februar 2014

---

Ort:	Heidenberghalle im Ortsteil Gadernheim	
Beginn:	19.35 Uhr	
Ende:	21.30 Uhr	
Tagesordnung:	laut Einladung	
Anwesend:	Gemeindevertreter/innen (Anwesenheitsliste als Anlage)	
nicht anwesend/entschuldigt:	SPD-Fraktion:	Wolfgang Hechler, Marco Mazza,
	GLL-Fraktion:	Udo Rutkowski, Klaus Schneider

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Beate Dechnig, eröffnet die 21. öffentliche Sitzung um 19.35 Uhr und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Beate Dechnig, begrüßt neben dem Bürgermeister die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die Mitglieder der Gemeindevertretung, Ortsvorsteherin Claudia Czyrt aus Elmshausen, Ortsvorsteherin Renate Müller aus Lautern, Ortsvorsteher Harald Lannert aus Schannenbach und Ortsvorsteher Hans-Dieter Bickelhaupt aus Knoden. Besonders begrüßt werden die von der Hessen-Agentur mit dem Dialogverfahren „Windkraft“ beauftragte Frau Dr. Antje Grobe und Herr Rainer Kaps von der Hessen Agentur, die im Anschluss an die Sitzung die Ergebnisse zum Dialogverfahren Windkraft in Lautertal vorstellen werden sowie die vielen Gäste, die heute an der Sitzung teilnehmen.

Gemeindevertreterin Anja Müller (CDU) beantragt, die Vorstellung der Ergebnisse zum Dialogverfahren Windkraft in Lautertal mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

#### **Abstimmung über den Antrag:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Vorstellung der Ergebnisse zum Dialogverfahren Windkraft in Lautertal mit auf die Tagesordnung zu nehmen und als Tagesordnungspunkt 08 zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: **12**      Nein: **0**      Enthaltungen: **14**

Damit ist der Antrag nach § 58 Abs. 2 HGO abgelehnt, da die vorliegend erforderliche Mehrheit von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter verfehlt wird.

## **01. Mitteilungen und Berichte**

---

### Mitteilungen des Bürgermeisters Jürgen Kaltwasser

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Lautertal hat in ihrer Sitzung vom 18.04.2013 den Bebauungsplan „Schneiders-Feld“ im Ortsteil Gadernheim zur Satzung beschlossen.  
  
Nach Bekanntmachung der gleichlautenden Flächennutzungsplanänderung am 05.11.2013 und Klärung der Umsetzung der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen ist der Bebauungsplan mit der erfolgten Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses im „Bergsträßer Anzeiger“ als amtlichem Bekanntmachungsorgan der Gemeinde Lautertal am 11.01.2014 in Kraft getreten.
2. Der Bauhof der Gemeinde hat auf dem gemeindeeigenen Grundstück „Zehnesweg 2“, Ecke „Nibelungenstraße“, einen Parkplatz mit Mineralbeton hergerichtet. Auf diesem Parkplatz finden bis zu 10 Fahrzeuge Platz. Der Parkplatz steht Montags bis Freitags jeweils in der Zeit von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr ausschließlich den Bediensteten der Gemeinde Lautertal zur Verfügung. Zu den übrigen Zeiten kann der Parkplatz auch öffentlich genutzt werden. Eine Beleuchtung findet jedoch aus Kostengründen nicht statt.
3. Mit Beschlussfassung vom 13. Januar 2014 beauftragte der Gemeindevorstand die Behindertenhilfe Bergstraße damit, auch im Kalenderjahr 2014 die grundsätzlichen Pflegearbeiten auf den gemeindlichen Friedhöfen durchzuführen. Die Auftragssumme beläuft sich auf pauschal 19.000 €.
4. Nach Auskunft des Ingenieurbüros Turetschek kann die U3 Gruppe beim Kindergarten im Ortsteil Lautern voraussichtlich ab 02. April 2014 ihren Betrieb aufnehmen.
5. Die Mitteilung des Gemeindevertreters Carsten Stephan in der Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Dezember 2012, der Bürgermeister habe behauptet, die Beschlüsse zur Windkraft in der Gemeindevertretung seien einstimmig gefasst worden, sei unrichtig. Er habe sich dabei lediglich auf den Beschluss der Gemeindevertretung vom 9. Februar 2012 (TOP 11) bezogen.

### Mitteilung des Gemeindevertreters Norbert Mink (CDU):

Auf eine entsprechende Frage des Gemeindevertreters bezüglich der Bekanntmachung der Gemeinde Lautertal, alle Kinder die ab September 2014 in einem Kindergarten in der Gemeinde Lautertal (Odenwald) aufgenommen werden sollen, bis spätestens zum 28. Februar 2014 beim jeweiligen Träger anzumelden, teilt Bürgermeister Kaltwasser mit, dass dies mit der Kirche abgesprochen war.

### Mitteilung des Gemeindevertreters Andreas Hoppe (UBL):

Unter dem Titel „Abgesang“ findet sich im BA vom 03.02. ein wirklich bemerkenswerter Kommentar des BA-Chefredakteurs Karl Schlitt.

Schlitt endet mit dem Satz:

„Die GGEW, versichert ihr Chef, wird nichts gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchboxen. Wenn dies ernst gemeint ist und die Bürgermeister-Partei vor Ort genauso denkt, wird sich kein Windrad in Knoden drehen. Notfalls muss ein Bürgerentscheid die Fronten klären.“

Die GGEW will also nicht gegen den Willen der Bürger Windkraftanlagen in Lautertal bauen.

„Lautertaler SPD“ und die GLL sind angeblich auch an der Meinung der Bürger interessiert, wenngleich man sich jedoch momentan offenbar im Gemeindeführungsbunker eingeschlossen hat und abwarten will, bis die Brände gelöscht worden sind, die man selbst gelegt hat.

Ich habe mich oftmals gefragt, warum die verantwortlichen Gemeindevertreter scheinbar vollkommen unbeirrt und trotz der heftigen Bürgerproteste an ihrem unsinnigen Verhalten festhalten und finde im Kommentar von Karl-Heinz Schlitt die Antwort:

Die GGEW habe bereits bis heute mehr als 300.000 € in die Planung des Vorhabens investiert. Nun ist mir der GGEW-Chef Dr. Müller durchaus nicht als Hasardeur bekannt und die Verantwortlichen in der Gemeinde wissen auch aus leidvoller gemeinsamer Vergangenheit mit der GGEW, dass sich Dr. Müller wohl nur schwer etwas wegnehmen lassen wird.

So bleibt für mich folgende Frage zu klären:

Seit der Bürgerversammlung hier in Gadernheim vor einigen Wochen wissen wir, dass nicht die GGEW an die Gemeinde herangetreten ist, sondern „die Gemeinde“ an den Energieversorgern.

Diese Tatsache ist zumindest bis heute vollkommen unbestritten.

Es stellt sich daher die Frage, wer von GLL und „Lautertaler SPD“ hier gegenüber der GGEW Verhandlungen geführt hat und wer gegenüber der GGEW Versprechen gemacht und Vereinbarungen getroffen hat.

Diese Personen müssen sich nicht ganz zu Unrecht vor Regressansprüchen der GGEW fürchten, falls die Anlagen nicht in unserer Gemeinde gebaut werden.

Aber auch aus dieser Angst heraus ist es unzulässig, wenn eine kleine Gruppe Kommunalpolitiker von GLL und „Lautertaler SPD“ eine ganze Gemeinde in Geiselnahme nimmt, obwohl sie mittlerweile sehr klar wissen könnten, dass das Projekt am Willen der Mehrheit der Lautertaler Bürgerinnen und Bürger scheitern wird.

Schlitt schreibt vollkommen richtig: „Notfalls muss ein Bürgerentscheid die Fronten klären.“

Um als Mitglied des höchsten Organs der Gemeinde in dieser unerfreulichen Angelegenheit Klarheit zu bekommen, bestehe ich darauf, dass hier und heute erklärt wird, wer seitens der Gemeinde Lautertal an die GGEW herangetreten ist, wer Verhandlungen geführt hat und eventuell Zusagen getroffen hat, die unter Umständen so in der Zukunft nicht zu halten sein werden, damit mir und allen Bürgerinnen und Bürgern endlich klar wird, wer durch das unverständliche Verhalten der Kolleginnen und Kollegen der GLL und „Lautertaler SPD“ geschützt werden soll.

Es bleibt uns allen unbenommen, den Verpachtungsbeschluss auch heute noch mit entsprechender Mehrheit auf die Tagesordnung zu setzen und zu kippen, damit endlich wieder Zeit ist, uns in Zukunft den wichtigen Fragen in der Gemeinde zu widmen und dafür zu sorgen, dass endlich wieder Ruhe und Frieden in der Gemeinde Einzug hält.

Mitteilung der Gemeindevertreterin Anja Müller:

Die CDU Lautertal begrüßte im Dezember den Vorschlag von Bürgermeister Kaltwasser und der Gemeindevertretervorsitzenden Dechnig, vor dem Hintergrund erheblicher und stetig zunehmender Widerstände aus der Bevölkerung ein Mediationsverfahren zur aktuellen Windindustrieanlagen-Debatte durchzuführen.

Wir begrüßen ebenso, dass Frau Dr. Grobe ihre Arbeitsergebnisse heute nunmehr vorstellt. Verschiedene Fakten sind neu, gewichtig und von entscheidungsrelevanter Bedeutung für alle Beteiligten und Betroffenen.

Es handelt sich dabei um unseres Erachtens schwerwiegende Fragen, die in der bisherigen Debatte vollkommen außen vor waren.

Besonders im Hinblick auf den sich stetig verschärfenden Ton und die bereits deutlich spürbare Spaltung der Gemeinde befürwortet die CDU den von Frau Dr. Grobe vorgeschlagenen Weg, der im nächsten Schritt einen zeitnahen Grundsatzbeschluss zum Thema durch die Gemeindevertreter vorsieht.

Auch vor dem Hintergrund, dass die GGEW in ihrer Rolle als Investor mehrfach und öffentlich klargestellt hat, dass sie nur mit demokratischer Legitimation ein solches Industrieprojekt durchsetzen will, halten wir es für unabdingbar, unverzüglich und zeitnah eine Sitzung einzuberufen.

Bisher gibt es keine demokratische Legitimation für den Standort Haurod, die Gründe hierfür sind ausreichend bekannt und müssen an dieser Stelle nicht erneut aufgegriffen werden.

Wir betrachten es als unsere Verpflichtung, den Bürgern – und ganz besonders den Bürgern der Orte Knoden und Schannenbach - nach monatelangem Hinhalten endlich eine Entscheidung in der Angelegenheit in Aussicht zu stellen.

Wir erlauben uns außerdem noch einen freundlichen Gruß nach Bensheim zur dortigen Grünen Liste, die ja auch etwas übereifrig meint, sich hier im Lautertal einbringen zu müssen: Liebe Kollegen der Grünen Liste Bensheim, die Zeiten der Kolonialisierung sind lange vorbei. Das Lautertal ist keine Kolonie, in der Sie ihre städtischen Klimaschutzziele auf den Schultern derjenigen Bürger realisieren können, die sie weder wählen noch abwählen können. Tun Sie es uns nach, und kümmern Sie sich um Ihre Bürger vor Ort. Die Lautertaler sind schon alleine groß und durchaus mündig.

Im Sinne aller Beteiligten beantragen wir deshalb heute die unverzügliche Einberufung einer Sondersitzung der Gemeindevertretung für kommenden Donnerstag, den 13. Februar 2014. Den entsprechenden Antrag überreichen wir hier im Original an unsere Vorsitzende Frau Dechnig.

Wir bleiben bei unserer Aussage: die Gemeinde benötigt einen Grundsatzbeschluss, um endlich wieder zur Ruhe zu kommen.

Weiteres künstliches Verzögern ist aus unserer Sicht machtgetriebener Psychoterror für die betroffenen Bürger.

Mitteilung des Gemeindevertreters Frank Maus (GLL):

Die Ergebnisse des Arbeitskreises Verkehr wie z.B. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wurden bei einem Gespräch mit Herrn Weigold von Hessenmobil, Frau Acquaro vom Ordnungsamt sowie den Mitgliedern des Arbeitskreises, Werner Mink und Peter Hannewald erörtert. In weiteren Terminen vor Ort werden nun die vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft.

Mitteilung des Gemeindevertreters Tobias Pöselt (SPD):

Die SPD Lautertal verurteilt ausdrücklich, das Rathaus als Führungsbunker zu bezeichnen.

Gemeindevertreterin Sandra Maus (GLL) erscheint während dieses Tagesordnungspunktes.

## **02. Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014**

---

Bürgermeister Kaltwasser zieht die Vorlage zurück.

## **03. Aufstellung eines Bebauungsplanes „Im Schmelzig“ im Ortsteil Elmshausen hier: Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschlussfassung des Bebauungsplanes als Entwurf zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Sitzung vom 31.10.2013, TOP 4)**

---

Gemeindevertreter Jürgen Machleid (SPD) berichtet aus der Sitzung des Bauausschusses vom 23. Januar 2014 und trägt die einstimmig beschlossene Empfehlung vor.

Gemeindevertreter Peter Hannewald (CDU) beantragt, die Angelegenheit zur erneuten Beratung an den Bauausschuss zurück zu verweisen

**Abstimmung über den Antrag des Gemeindevertreters Peter Hannewald:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Angelegenheit zur erneuten Beratung an den Bauausschuss zurück zu verweisen.
---

**Abstimmungsergebnis:** Ja: **12**      Nein: **13**      Enthaltungen: **2**

Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Gemeindevertreter Andreas Hoppe (UBL) bittet, sein Abstimmungsverhalten „Ja“, im Protokoll gemäß § 61 Abs. 1 HGO festzuhalten.

**Abstimmung über die Empfehlung des Bauausschusses:**

Der Gemeindevorstand nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, der Gemeindevertretung nachstehende Beschlussfassung zu empfehlen:

- a) Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum vorliegenden Bebauungsplan werden entsprechend den Vorschlägen der voranstehenden Vorlage, welche Bestandteil dieser Beschlussfassung ist, fachlich beurteilt, beraten und behandelt.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Bürger, welche Einwendungen zum Inhalt des Bebauungsplanes vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe zu unterrichten.

- b) Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum vorliegenden Bebauungsplan werden entsprechend den Vorschlägen der voranstehenden Vorlage, welche Bestandteil dieser Beschlussfassung ist, fachlich beurteilt, beraten und behandelt.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, welche Einwendungen zum Inhalt des Bebauungsplanes vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe zu unterrichten.

- c) Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung einschließlich des Umweltberichtes sowie den Anlagen zur Begründung, wird hiermit als Entwurf zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Grundlage dieses Beschlusses ist der Planstand vom Februar 2011 unter Berücksichtigung der Änderungen, die sich aus der erfolgten Behandlung der Stellungnahmen unter a) und b) ergeben.

- d) Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Bedarfsermittlung für evtl. aufgrund der Planung zusätzlich über den derzeitigen Bestand hinaus notwendig werdende Kindergartenplätze vorzunehmen, damit daraus resultierende Infrastrukturmaßnahmen im mit dem künftigen Investor abzuschließenden städtebaulichen Vertrag ihren Niederschlag finden können.

Grundlage dieses Beschlusses ist der Planstand vom Februar 2011 unter Berücksichtigung der Änderungen, die sich aus der erfolgten Behandlung der Stellungnahmen unter a) und b) ergeben.

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Lautertal wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Entwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchzuführen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Auslegung zu unterrichten und um Stellungnahme mit Monatsfrist zu bitten. Alle im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Behörden- und Trägerbeteiligung eingehenden Einwendungen und sonstigen Äußerungen sind zu prüfen und mit fachlicher Beurteilung zur Beratung sowie abschließenden Behandlung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dieser Beschluss ist mit Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in den ortsüblichen Bekanntmachungsblättern des Gemeindevorstandes zu veröffentlichen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: **15**      Nein: **11**      Enthaltungen: **1**

Damit ist die Empfehlung des Bauausschusses **mehrheitlich angenommen**.

Gemeindevertreter Andreas Hoppe (UBL) bittet, sein Abstimmungsverhalten „Enthaltung“, im Protokoll gemäß § 61 Abs. 1 HGO festzuhalten.

#### **04. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Vorlage der Eröffnungsbilanz**

Gemeindevertreterin Anja Müller (CDU) führt den Antrag aus und begründet ihn. Da der Entwurf der Eröffnungsbilanz den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern bereits mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist, erübrigt sich die Abstimmung über den Antrag.

#### **05. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Müllentsorgung im Ortsteil Elmshausen**

Gemeindevertreter Erich Sauer (CDU) führt den Antrag aus und begründet ihn.

Auf Antrag des Gemeindevertreters Frank Maus (GLL) wird die Sitzung für ca. 5 Minuten unterbrochen und ab 20.50 Uhr fortgesetzt.

#### **Abstimmung über folgenden modifizierten Beschlussvorschlag:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, in seiner Funktion als Vertreter der Gemeinde Lautertal im ZAKB zu klären, wie zukünftig der Müll in Elmshausen in der Straße „Im halben Morgen“ abgeführt werden kann. Insbesondere soll im Abfallzweckverband (ZAKB) darauf hingewirkt werden, kleinere Fahrzeuge einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: **27**      Nein: **0**      Enthaltungen: **0**

Damit ist der modifizierte Beschlussvorschlag **einstimmig angenommen**.

## **06. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Ruhendstellung des Bauantrages der GGEW beim Regierungspräsidium während der Mediation**

---

Gemeindevertreterin Anja Müller (CDU) führt den Antrag aus, begründet ihn und bittet um namentliche Abstimmung.

Bürgermeister Kaltwasser gibt an dieser Stelle eine Erklärung dahingehend ab, keine Zusagen in der Vergangenheit gemacht zu haben.

### **Abstimmung über den Antrag:**

Der Gemeindevorstand wird gebeten, dahingehend auf die GGEW als Geschäftspartner einzuwirken, dass diese ihren Bauantrag während der Mediation schriftlich beim RP ruhend stellen lassen soll.

### **Namentliche Abstimmung:**

Beate Dechnig	„Nein“	Erich Sauer	„Ja“	Frank Maus	„Nein“
Ferdinand Derigs	„Nein“	Fabian Eckstein	„Ja“	Sandra Maus	„Nein“
Klaus Harjes	„Nein“	Edith Götz	„Ja“	Marieta Hiller	„Nein“
Werner Heist	„Nein“	Peter Hannewald	„Ja“		
Wolfgang Helfrich	„Nein“	Heide-Marie Kinzel	„Ja“		
Mandy Kaffenberger	„Nein“	Hartmut Krämer	„Ja“		
Jürgen Machleid	„Nein“	Norbert Mink	„Ja“	Andreas Hoppe	„Ja“
Achim Mink	„Nein“	Anja Müller	„Ja“		
Werner Mink	„Nein“	Ernst Neuschild	„Ja“		
Tobias Pöselt	„Nein“	Carsten Stephan	„Ja“		
Rouven Röhrig	„Nein“	Christiane Stock	„Ja“		
Peter Weimar	„Nein“				

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 12      Nein: 15      Enthaltungen: 0

Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

## **07. Anfragen**

---

### **Anfrage der CDU-Fraktion zum Sachstand der Ortspolizeibehörde**

---

Frage: Die CDU Lautertal bittet um Sachstandsbericht zum gemeinsamen Ordnungsamtsbezirk Lautertal / Bensheim.  
Insbesondere bitten wir um Auskunft darüber, welche ersten Erkenntnisse sich aus der seit 1.1.2014 bestehenden Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt der Stadt Bensheim ergeben.

Antwort: In der vergangenen Woche habe die Hilfspolizei der Stadt Bensheim erstmals den ruhenden Verkehr in der Gemeinde Lautertal überwacht. Von der Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren sei jedoch noch abgesehen worden.  
Am 4. Februar 2014 sei in der Zeit vom 6.30 Uhr bis 13.25 Uhr der fließende Verkehr im Ortsteil Gadernheim auf Höhe der Nibelungenstraße 788 (innerhalb



der geschlossenen Ortschaft) überwacht worden. Gemessen wurden insgesamt 1.223 Fahrzeuge. 512 Fahrzeuge bewegten sich innerhalb des Grenzwertes. Insgesamt 80 Verwarnungsverfahren wurden eingeleitet. Die höchst gemessene Geschwindigkeit betrug 80 km/h.

---

### **Anfrage der CDU-Fraktion zum Mediationsverfahren**

---

Frage: Von verschiedenen Bürgern und auch aus der Presse haben wir erfahren, dass bereits Vorgespräche zu einem eventuell durchzuführenden Mediationsverfahren stattfanden.  
In diesem Zusammenhang bitten wir Sie -zur nächsten Sitzung am 6.2.2014- um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wer ist von Seiten der Gemeinde Lautertal als Ansprechpartnerin benannt worden.
- Welche Aufgaben obliegen dieser Person?
- Welche Gespräche hat diese /r Ansprechpartner/in bis zum 5.2. geführt bzw. bei welchen Gesprächen war er/sie dabei?
- Anhand welcher Kriterien wurden die Vorabgespräche geführt und wer hat diese Kriterien definiert?
- Mit welchen weiteren Personen aus der Lautertal Kommunalpolitik wurden bisher Gespräche geführt?
- Welche Rolle spielen einzelne Gemeindevertreterinnen, die sich in der Presse öffentlich zum Stand des Verfahrens äußern? (Anmerkung: Wir setzen voraus, dass die Tagespresse bekannt ist und verzichten auf die Nennung von Namen)
- Wann wurde von Seiten der Gemeinde Lautertal erstmals mit der Mediatorin Kontakt aufgenommen, z.B. um freie Kapazitäten zu klären?
- Wann fand das erste Gespräch (telefonisch oder persönlich) statt?
- Wann fand das erste persönliche Treffen im Rathaus statt und wer war bei diesem Treffen dabei?
- Wie steht der Gemeindevorstand zu der Überlegung, die Vorsitzende der Gemeindevertreterversammlung, Frau Beate Dechnig, als Repräsentantin der Bürgervertretung stärken in die angedachte Mediation einzubinden?

Antwort: Auf Initiative von Herrn Dr. Brans, HMUELV, hat Frau Dr. Grobe im Auftrag der Hessen-Agentur mit der Gemeinde Kontakt aufgenommen.  
Von Seiten des Gemeindevorstandes bzw. des Bürgermeisters wurden keine Ansprechpartner benannt.  
Unabhängig davon ist die Außenvertretung der Gemeinde in der Hessischen Gemeindeordnung geregelt.  
Zur Vorbereitung der Vorgespräche mit den am Verfahren Beteiligten fand ein Gespräch mit Frau Dr. Grobe am 18. Dezember 2013 statt. Daran haben auch die Gemeindevertreter Rouven Röhrig und Frank Maus, der Planer sowie ein Vertreter der GGEW teilgenommen. Gemeindevorstand und Bürgermeister haben keine Kriterien für die Vorgespräche definiert.

Nach meinem Kenntnisstand wurden bisher Gespräche geführt, mit Vertretern der SPD, GLL und CDU, der IGW, der Knodener Bürgerinitiative, der GGEW, Vertretern von Vogel- und Naturschutzverbänden, Frau Ortsvorsteherin Czyrt, Elmshausen sowie Herrn Ortsvorsteher Eichhorn, Reichenbach.

Ein weiteres Gespräch zwischen Frau Dr. Grobe und mir fand am 15. Januar 2014 statt, nachdem ein Termin mit Landrat Wilkes an diesem Tag nicht zustande kam. Das vorsitzende Mitglied der Gemeindevertretung ist schon allein kraft Amtes in den Prozess mit eingebunden.

Um 21.30 Uhr schließt die Vorsitzende die 21. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung stellen Frau Dr. Antje Grobe und Herr Kaps die Ergebnisse der Vorgespräche zum Dialogverfahren Windkraft in Lautertal vor.

---

Beate Dechnig  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

---

Erika Schmitt  
Schriftführerin